

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.09.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Klimastiftung machte mit Nord Stream 2-Fertigstellung Millionengewinn</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 31.08.2022</i> .....	3
2   <b>„Wir sollten für den Krieg nicht bestraft werden“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.09.2022</i> .....	4
3   <b>Zahl der Arbeitslosen im Land steigt auf 61 400</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 01.09.2022</i> .....	5
4   <b>Wohin mit Betonabfällen?</b> <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 01.09.2022</i> .....	6

## Klimastiftung machte mit Nord Stream 2-Fertigstellung Millionengewinn

*Startseite Mecklenburg-Vorpommern Klimastiftung MV machte mit Nord Stream 2-Fertigstellung Millionengewinn Bildunterschrift anzeigen*

**Schwerin.** Die umstrittene Klimaschutzstiftung MV wird aller Voraussicht nach ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zur Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 mit einem Gewinn von 5 bis 7 Millionen Euro abschließen. Wie die Stiftung am Mittwoch in Schwerin mitteilte, wurden alle verbliebenen Materialien verkauft und auch das zur Abdeckung der Rohrleitung eingesetzte Schiff veräußert. Aus den Erlösen würden entsprechend den Vereinbarungen etwa 18,5 Millionen Euro an die Nord Stream 2 AG gehen. Der Rest könne, zusätzlich zu den 20 Millionen Euro Stiftungsgeld von Nord Stream, für Projekte zum Klimaschutz eingesetzt werden, hieß es.

Laut Stiftung wurden die Vertragsbeziehungen zu Lieferanten und Dienstleistern, die an der Vollendung der Pipeline mitgearbeitet haben, fast vollständig abgewickelt. Damit könne der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, wie angekündigt, in Kürze vollständig beendet werden. Über die Stiftung waren im Vorjahr nach eigenen Angaben Geschäfte zum Bau der Pipeline im Umfang von 165 Millionen Euro abgewickelt worden.

**Geld soll für humanitäre Zwecke verwendet werden**

Das aus russischen Gasgeschäften stammende Geld will die Landesregierung allerdings als Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht einsetzen und stattdessen für humanitäre Zwecke bereitstellen. Ihr Ziel ist es, die Stiftung rasch aufzulösen und den Klimaschutz mit eigenen Mitteln über die Landesenergieagentur voranzutreiben.

Die Stiftung war Anfang 2021 vom Land gegründet worden, um den Klimaschutz zu fördern und zugleich die Fertigstellung der russisch-deutschen Gasleitung Nord Stream 2 aktiv zu unterstützen. Hauptfinanzierer der Stiftung war mit 20 Millionen Euro das Gazprom-Tochterunternehmen Nord Stream 2 AG, das Land stellte 200.000 Euro als Einlage bereit.

Kritiker sprechen von einer Schein-Stiftung, bei der der Klimaschutz nur den eigentlichen Zweck bemänteln sollte, die Gasleitung unter Umgehung drohender Sanktionen der USA fertigzustellen. Die Leitung wurde 2021 schließlich fertig, erhielt wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine aber keine Betriebslaubnis der deutschen Behörden. Mit den Umständen der Stiftungsgründung und deren Wirken befasst sich ein Sonderausschuss des Landtags.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.09.2022 | S. 5

 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

 Finn Loose

## LESERDEBATTE

# „Wir sollten für den Krieg nicht bestraft werden“

## OZ-Leserdebate zur Öffnung von Nord Stream 2

Während durch Nord Stream 1 inzwischen nur noch ein Bruchteil der möglichen Gasmenge fließt, fordern immer mehr Menschen die Inbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord Stream 2 in Lubmin. Während die beiden Länderchefs Markus Söder und Manuela Schwesig bei ihrem Besuch in Lubmin das als ein No-Go bezeichnen, herrscht unter den Leserinnen und Lesern der OSTSEE-ZEITUNG ein anderer Standpunkt vor.

In einer nicht repräsentativen Online-Umfrage der OZ gaben 87,9 Prozent der Befragten an, dass Nord Stream 2 trotz Putins Krieg in Betrieb gehen sollte. Nur etwas über zehn Prozent der Leserinnen und Leser sprachen sich dort gegen die Öffnung aus.

Für Thomas Friedrich ist die Antwort rein wirtschaftlich: „Die Nutzung von Nord Stream 2 ist für mich alternativlos, wie will die Regierung sonst die Baukosten von fast 10 Milliarden Euro erklären, wenn die oben Genannte tot in der Ostsee liegt?“ Auf die Nachfrage von Facebook-User Keyser Söze, was die deutsche Regierung mit den Baukosten zu tun hätte, entgegnet er: „Egal ob Gazprom, die Russen, wir oder wer auch immer da mitfinanziert beziehungsweise spekuliert hat - es sind 10 Milliarden Euro, welche nicht genutzt werden.“

Die Meinung von Facebook-Userin Olga Olgi Wuttke-Bernicke ist klar. „Nord Stream 2 auf und endlich Politiker, die verhandeln und keine Sanktionspolitik betrei-

ben. Zur Zeit ist das eine Kriegstreiber-Politik“, schreibt sie. Ihr Meinung ist allerdings stark umstritten. Matthias Löbsack beispielsweise merkt an: „Zum Verhandeln braucht es aber auch ein Gegenüber, das verhandeln möchte. Was bei Putin aktuell nicht möglich ist.“ Auch Manü Blum spricht sich für eine Öffnung von Nord Stream 2 aus. „Ich wäre auch dafür, dass endlich wieder alles aufgemacht wird. Heißt nicht, dass wir den Krieg unterstützen, aber ich denke, wir sollten für den Krieg nicht bestraft werden. Schließlich halten wir ihn mit aufrecht, indem wir ständig Waffen und Panzer schicken“, kommentiert er. Es herrscht allerdings auch Zweifel daran, ob eine Öffnung angesichts der geringen Liefermengen durch Nord Stream 1 überhaupt einen Unterschied machen würde. Bernd Böhme fragt sich: „Wenn Putin durch Nord Stream 1 kein Gas schickt, warum sollte er das durch Nord Stream 2 tun?“

Auch Astrid Scheel ist gegen eine Öffnung: „Das wird an der Situation nichts ändern. Durch Nordstream 1 fließt ja auch nur 20 Prozent und die Jahre davor ging es auch nur mit der einen Leitung.“

Für Björn Casapietra ist die Debatte sinnfrei. „Wer ernsthaft glaubt, durch das Öffnen von Nord Stream 2 würde Putin uns mehr Gas schicken, der glaubt auch, dass er ein zweites Gehalt bekommt, wenn er seinem Chef eine zweite Kontonummer schickt“, kommentiert der Schauspieler auf Facebook.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 01.09.2022 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 19.084 | Reichweite: 37.417

👤 dpa

## Zahl der Arbeitslosen im Land steigt auf 61 400

**Schwerin/Kiel.** Die Zahl der Arbeitslosen in MV ist den dritten Monat in Folge gestiegen. Wie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit gestern mitteilte, waren im August 61 400 Menschen erwerbslos gemeldet. Das waren 760 mehr als im Juli und 3100 mehr als vor einem Jahr. Verglichen mit dem Vor-Corona-Jahr 2019 war die Zahl der Erwerbslosen sogar um 6300 höher. Die Quote stieg zum Vormonat leicht auf 7,6 Prozent. Nur in Bremen (10,7) und Berlin (9,2) war sie höher. Am niedrigsten ist sie in Bayern mit 3,4 Prozent.

Damit blieb trotz der sehr gut laufenden Geschäfte in der Tourismusbranche die Trendwende im Nordosten aus. „Die zurückhaltende Einstellungspraxis der Betriebe, der jahreszeitlich übliche Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und der Übergang der ukraini-

schen Schutzsuchenden in die Grundsicherung sorgen für den kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“, erklärte der Chef der Regionaldirektion, Markus Biercher.

Auch bundesweit ging vor dem Hintergrund der Energiekrise die Zahl der Arbeitslosen nach oben. Im August waren 2,547 Millionen Menschen ohne Beschäftigung und damit 77 000 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,2 Punkte auf 5,6 Prozent. Diesem Wert sehr nah kam in MV der Landkreis Rostock mit 5,8 Prozent. Biercher konstatierte eine wachsende Personalnachfrage. Vor allem im verarbeitenden Gewerbe, im Gesundheitswesen, im Gastgewerbe und im Handel würden Mitarbeiter gesucht.

## Wohin mit Betonabfällen?

**Karlsruhe/Philippsburg,** (dpa). Das Land Baden-Württemberg will vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg durchsetzen, Betonabfälle aus dem Rückbau von Atomanlagen auf einer Deponie im Enzkreis lagern zu dürfen. Das war vom Verwaltungsgericht (VG) Karlsruhe Ende April zunächst untersagt worden. Nun habe man dagegen Berufung zum VGH eingelegt, sagte am Mittwoch eine Sprecherin des Regierungspräsidiums Karlsruhe. In dem Streit geht es um die Frage, wohin diese beim Rückbau der Kernkraftwerke in Philippsburg anfallenden Abfälle gebracht werden dürfen.

Der Enzkreis hatte sich geweigert, den Betonmüll anzunehmen. Aus seiner Sicht ist die betroffene Depo-

nie Hamberg für diese Art Müll nicht zugelassen. Das Regierungspräsidium hatte dem Landkreis daraufhin ungefragt eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Dagegen klagte der Enzkreis erfolgreich vor dem VG Karlsruhe. Eine Ausnahmegenehmigung hätte dem Enzkreis nicht antragslos und gegen seinen Willen aufgedrängt werden dürfen, hatten die Richter entschieden.

Zwei für die Entsorgung der Abfälle zuständigen Unternehmen waren vor dem VG ebenfalls gescheitert – in diesem Fall war der Enzkreis Beklagter. Ob in diesen Verfahren Berufung eingelegt wird, war zunächst nicht klar. Dem VGH lagen nach Angaben einer Sprecherin noch keine Angaben dazu vor.